

## Unsere Woche im Landtag

Liebe Leserinnen und Leser,

nach Plänen der Staatsregierung soll es künftig möglich sein, Zwangszuweisungen von Asylbewerbern an Kommunen vorzunehmen. Unsere Meinung dazu haben wir am Mittwoch auf einer Pressekonferenz deutlich gemacht. Die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion stimmt in dieser Frage mit dem Gemeindetag überein und lehnt dieses Vorhaben mit guten Gründen ab. Zum einen sehen wir dadurch die kommunale Selbstverwaltung in Gefahr, zum anderen ist die Frage, wer die Gesamtkosten übernimmt, nicht abschließend geklärt.



Wenn sich die Staatsregierung mit ihren Plänen durchsetzt, müssten die Bürgermeister dann vielleicht für sehr viel Geld auch Hotelzimmer anmieten.

Es gilt dabei auch zu bedenken, dass viele Bürgermeister ehrenamtlich tätig sind, sie dürfen nicht mit der Zwangszuweisung von Flüchtlingen überfordert werden.

Für uns ist es wichtig, dass der Bund und der Freistaat ihren Aufgaben nachkommen und nicht die Verantwortung nach unten, auf die kommunale Ebene „durchreichen“. Wir werden eine solche Abwälzung auf unsere Städten und Gemeinden staatlicher Aufgaben nicht zulassen. Wichtig ist es in unseren Augen stattdessen, die Asylverfahren zu beschleunigen und damit die Anzahl der Fehlbeleger in den Unterkünften zu senken. So reichen die bereits bestehenden Einrichtungen dann auch aus.

*Prof. (Univ.Lima) Dr.  
Peter Bauer, MdL  
Pflege- und  
Kulturpolitischer Sprecher,  
Frankensprecher*

## R ü c k b l i c k

Wie bereits angekündigt, stand diese Woche eine Regierungserklärung von Ministerin Scharf zur Klimapolitik in Bayern auf der Tagesordnung des Plenums. Zum wichtigen Punkt Energiepolitik, der untrennbar mit der Klimapolitik verbunden ist, gab es dabei aber leider keine konkreten Aussagen. Wir haben in diesem Zusammenhang mit einem Dringlichkeitsantrag noch einmal auf unsere **energiepolitischen Forderungen** aufmerksam gemacht. Wir wollen einen Kurswechsel in der bayerischen Energiepolitik und damit einen Spitzenplatz statt Abstieg in die Kohle-Liga erreichen. Wir fordern von der Staatsregierung, ihre Blockadehaltung durch die 10H-Regel aufzugeben und das Ausschreibungsmodell in der Bundesgesetzgebung zum Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) abzulehnen.

Wir wollen außerdem die Potenziale im Wasserkraftausbau nutzen, den überdimensionierten Ausbau von Hochspannungsübertragungsleitungen verhindern und die Kraft-Wärme-Kopplung stärken. In unserem Dringlichkeitsantrag fordern wir darüber hinaus die Abschaffung der Besteuerung des Eigenverbrauchs sowie eine Förderung von Speichertechnologien im EEG. Eines ist klar: Wenn wir Bayern als Wirtschaftsstandort wirklich voranbringen wollen, dann benötigen wir beim Ausbau der Erneuerbaren Energien deutlich ehrgeizigere Ziele: Hin zu einer dezentralen, regionalen und nachhaltigen Energieversorgung – und weg vom „Kohlestrom“.

In einem Referentenentwurf des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie zur „Verordnung zur **Modernisierung des Vergaberechts**“ ist eine grundlegende Neuregelung bei der Ermittlung des Auftragswerts der freiberuflichen Leistungen geplant. Nach der derzeit gültigen Fassung sind Planungsleistungen im Baubereich ab 207.000 Euro über ein VOF-Verfahren europaweit auszuschreiben. Bei kleineren Bauvorhaben war dies bisher meist nicht erforderlich, da bei der Ermittlung des Auftragswerts zwischen den verschiedenen Planungsleistungen (z.B. Architektur, Tragwerksplanung, Haus- und Elektrotechnik, Vermessung, Baugrund, etc.) unterschieden wurde und der jeweilige Schwellenwert von 207.000 Euro erst bei relativ großen Bauvorhaben erreicht wurde.

Demgegenüber sieht der neue Referentenentwurf nun vor, dass die Honorare sämtlicher Planungsleistungen für ein Bauvorhaben zusammenzuzählen und dem Schwellenwert von 207.000 Euro gegenüberzustellen sind. Die geplante Regelung würde dazu führen, dass die Planungsleistungen bei nahezu allen öffentlichen Bauvorhaben ab rund 1 Mio. Euro Auftragswert europaweit ausgeschrieben werden müssten. Wir treten dafür ein, die **freiberufliche Struktur bei Architekten und Bauingenieuren** zu erhalten.

In einem Dringlichkeitsantrag fordern wir daher von der Staatsregierung, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass bei öffentlichen Bauprojekten auch weiterhin keine Zusammenrechnung von Architekten- und Ingenieurleistungen bei der für eine europaweite Vergabe maßgeblichen Auftragswertermittlung erfolgt. Vielmehr soll die derzeitige Regelung, nach der bei der Ermittlung des Auftragswertes zwischen den verschiedenen freiberuflichen Leistungen unterschieden wird, beibehalten werden. Es muss auch weiterhin gewährleistet sein, dass Planungsleistungen bei kleineren Bauprojekten unter dem Schwellenwert für eine europaweite Ausschreibung bleiben und somit auch die in Deutschland üblichen kleinen und mittelständisch geprägten Architektur- und Ingenieurbüros eine realistische Chance auf eine Auftragserteilung haben.

Der mögliche Ausbau der 2. Stammstrecke in München ist seit vielen Jahren ein heiß diskutiertes Thema. Ursprünglich hieß es, sie sei etwa im Jahr 2015 fertig. Inzwischen hat sich die anvisierte Fertigstellung um zehn Jahre nach hinten verschoben. Insbesondere die Umsteigezeiten beim geplanten 2. S-Bahn-Stammstreckentunnel warfen immer wieder Fragen auf. Nachdem die Bayerische Staatsregierung in ihren Antworten darauf trotz Nachfrage schlüssige Informationen schuldig geblieben ist, wurde das Planungsbüro Vieregge Rössler GmbH beauftragt, eine Studie zur Bewertung der bislang abgegebenen Antworten zu erstellen.

Diese Studie legt nahe, dass einige Angaben zu den angewandten Verfahren entweder unvollständig oder sogar fehlerhaft sind. Vor allem die seitens der Bayerischen Staatsregierung gemachten Aussagen zu den Auswirkungen der verlängerten Umsteigezeiten stehen in erheblichem Widerspruch zu Berechnungen, die die Vieregge Rössler GmbH in ihrer Studie angestellt hat. Wir fordern deshalb die Staatsregierung auf, bis zum 15.

Dezember 2015 die gesamte Standardisierte Bewertung zum 2. S-Bahn-Stammstreckentunnel dem Landtag offenzulegen und der interessierten Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen.

Öffentlich nachprüfbar und belastbare Zahlen zur Planung dieses Milliarden Euro teuren Großprojektes sind längst überfällig.

## V o r s c h a u

Bevor sich der Landtag in die Weihnachtspause verabschiedet, steht nächste Woche noch das Drei-Tages-Plenum an.

Das Thema für die Aktuelle Stunde wird diesmal wieder von der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion gesetzt.

In erster Lesung wird das Plenum über den angekündigten Gesetzentwurf der Staatsregierung für ein **Bayerisches Betreuungsgeldgesetz** debattieren. Nur drei von elf Sozialverbänden in Bayern befürworten die Einführung eines Landesbetreuungsgeldes.

Heiß debattiert wird sicher auch bei der Endberatung und Verabschiedung des **Nachtragshaushalts**. Dieser steht ganz im Zeichen der Flüchtlingsproblematik. Erfreulich ist, dass Bayern ohne neue Netto-Schuldenaufnahme auskommt. In Anbetracht der derzeitigen Herausforderungen ist aber zu bezweifeln, dass die Staatsregierung ihr Versprechen, Bayern bis 2030 zu entschulden, wirklich einhalten kann. Mit den Stellenmehrungen bei Schulen, Justiz und im Bereich Innere Sicherheit wird den aktuellen Herausforderungen und den Forderungen der FREIEN WÄHLER weitgehend Rechnung getragen.

Trotzdem bindet die Staatsregierung die Opposition in den Haushalt zu wenig ein. Viele sinnvolle Vorschläge, wie unsere Anträge zur Erhöhung der Fördermittel für die Sanierung von Wasserversorgungs- und Abwasseranlagen sowie zur Wohnraumförderung wurden von der CSU abgelehnt. Das ist nicht nachvollziehbar.

## Regional



### Impressionen aus dem Weihnachtsmarkt in Schillingsfürst

Auf den Bildern ist unser Landtagsabgeordneter Dr. Peter Bauer mit Bürgermeister Michael Trzybinski, mit dem Schillingsfürster Christkind und mit der extralangen Bratwurst des „Knutvereins“ auf dem wunderschönen Weihnachtsmarkt in Schillingsfürst zu sehen.

---

**Impressum**

Marco Meier  
Pressereferent

Abgeordnetenbüro

Prof. (Univ. Lima) Dr. med. dent. Peter Bauer, MdL  
Frankensprecher  
Pflegepolitischer Sprecher  
Kulturpolitischer Sprecher  
Kreisrat

Fraktion FREIE WÄHLER im Bayerischen Landtag  
Weinbergstr. 47  
91623 Sachsen b. Ansbach

Tel.: 09827 - 207585  
Fax: 09827 - 207586  
E-mail: [peter.bauer@fw-landtag.de](mailto:peter.bauer@fw-landtag.de)

Internetseiten: [www.frankensprecher.de](http://www.frankensprecher.de)  
[www.fw-landtag.de](http://www.fw-landtag.de)  
[www.fw-bayern.de](http://www.fw-bayern.de)

Twitter: <https://twitter.com/FRANKENSPRECHER>  
Google+: [Bauer@G+](https://plus.google.com/+Bauer@G+)  
Facebook: <https://www.facebook.com/PeterBAUER.Frankensprecher>



**Eigentum schützen, Mittelstand stärken! – [Hier klicken!](#)**